

Thorner Zeitung



Begründet

anno 1760

Östdeutsche Zeitung und General-Anzeiger

Erscheint täglich. Bezugspreis vierteljährlich bei Abholung von der Geschäfts- oder den Ausgabestellen in Thorn, Mader u. Podgorz 3.00 Mk., monatlich 1.00 Mk., frei ins Haus gebracht 3.50 Mk., monatlich 1.20 Mk., bei allen Postanstalten 3.60 Mk., monatlich 1.20 Mk., durch Briefstr. ins Haus gedr. 4.02 Mk.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Sauerstr. 11. Telegr.-Adr.: Thorner Zeitung. = Fernsprecher Nr. 46. Verantwortlicher Schriftleiter: Oscar Schmidt in Thorn. Für Anzeigen verantwortlich: Maria Wendel in Thorn. Druck und Verlag der Buchdruckerei der Thorner Öst. Zeitung, G. m. b. H. Thorn.

Anzeigenpreis: Die sechspaltige Kleinzeile oder deren Raum 25 Pf., für Stellengefuche u. Angeb., An- u. Verkäufe, Wohnungsanzeigen 20 Pf., für Anzeigen mit Plagiorschrift 40 Pf. Reklamen die Kleinzeile 50 Pf. Anzeigenannahme für die abends erscheinende Nummer bis 10 Uhr vorm.

Nr. 25

Donnerstag, 30. Januar

1919

Die deutsch-polnischen Kämpfe.

Bromberg, 29. Januar. (Drahtnachricht.) Amlich. Am 28. 1. gegen 5 Uhr nachmittags griffen die Polen in einer Stärke von etwa 200 Mann Wilhelmsdorf an. Sie wurden abgewiesen und bis Paulina zurückgeworfen. Paulina wurde angegriffen, und unter Zurücklassung von zwei Maschinengewehren und Munition zogen sich die Polen fluchtartig zurück. In der Gegend von Netzel erfolgreiche Patrouillentätigkeit. In den übrigen Abschnitten herrscht Ruhe.

Kungebung der Danziger Kaufmannschaft.

Danzig, 28. Januar. (Dr.) Die am heutigen Tage im Artushofe auf Einladung des Vorstehers der Kaufmannschaft in großer Zahl zusammengetretenen Danziger Kaufleute erklären, getreu der Jahrhunderte alten Ueberlieferung des Danziger Handelsstandes, daß sie kerndeutsch sind in ihrem Fühlen, Denken und Handeln. Das deutsche Danzig als stets eisfreier Seehafen an der Mündung der Galizien, Polen und Westpreußen durchströmenden, durch ihre Nebenflüsse mit dem großrussischen Stromgebiet verbundenen Weichsel war zu allen Zeiten der natürliche Umschlagplatz für den Verkehr zwischen dem weiten, westländischen Hinterland bis zum Schwarzen Meer hin und dem überseeischen Ausland.

Wie seine Altvorderen, will auch das jetzige Geschlecht der Danziger Kaufleute mit seinen Nachbarn in Frieden und Freundschaft leben, Handel treiben, an freier Kultur teilnehmen und die eigene Kultur zur Geltung bringen. Der Danziger Kaufmann richtet seinen Blick auf die Verbindung mit der Handelswelt der ganzen Erde, aber unentziehbar bleibt er bis zum Tode der deutschen Kultur treu und weist daher jeden Gedanken der politischen Abtrennung Danzigs von Deutschland und des Uebertritts zu einer anderen Staatengemeinschaft als unerträglich und voll schwerer zukünftiger Gefahren zurück. Danzigs Handel gehört der gewerbefleißigen Welt, Danzigs Boden dem deutschen Vaterlande.

Damit ist der Behauptung der polnischen Friedensdelegation in Paris, der Anschluß Danzigs entspreche den Wünschen weiter Kreise der Danziger Kaufmannschaft, von ausschlaggebender Seite widersprochen.

Ehrung Hindenburgs.

Kassel, 28. Januar. (Dr.) Magistrat und Stadverordnetenversammlung beschließen, Generalfeldmarschall von Hindenburg zum Ehrenbürger der Stadt Kassel zu ernennen, nachdem er fast zwei Monate lang in treuer Pflichterfüllung von hier aus die Demobilisation unseres Heeres geleitet hat.

Franz Mehring †.

Berlin, 29. Januar. (Drahtnachricht.) Dr. Franz Mehring ist gestern an den Folgen einer Lungenentzündung gestorben.

Das Wahlergebnis aus Düsseldorf.

Düsseldorf, 29. Januar. (Dr.) In 22 Wahlkreisen Düsseldorf entfielen bei den Wahlen zur preussischen Landesversammlung in den Bezirken 1 bis 5 auf die Christlichen 5, die Mehrheitssozialisten 5, die Deutschnationalen 3, die Deutschdemokraten 3 und die Unabhängigen 3 Sitze.

Im 23. Wahlkreis Düsseldorf (Bezirke 6 bis 12) entfielen auf die Deutschdemokraten 1, die Sozialdemokraten 4, die Deutschnationale Volkspartei, deutsche Volkspartei und Zentrum zusammen 11 Sitze, davon auf die Deutschnationale 1, deutsche Volkspartei 1 und die Christliche Volkspartei 9 Sitze.

Die Neuwahlen in der Schweiz.

Bern, 28. Januar. (Dr.) Schweizerische Depeschagentur. Der Nationalrat beschloß die Neuwahlen zum Nationalrat nicht bereits im Frühjahr, sondern erst im Herbst vorzunehmen, sodas der neugewählte Bundesrat im Dezember 1919 zusammentreten wird.

Die Preußenwahlen.

Wesentliche Verschiebungen haben die preussischen Landeswahlen gegenüber den Wahlen zur Nationalversammlung anscheinend nicht gebracht. Eine gewisse Wahlmüdigkeit läßt sich allerdings feststellen, was nicht sowohl Folge der Doppelwahl ist, als vielmehr der Mangel einer alles mit sich fortziehenden Wahlung. Die Massen, die am 19. Januar zur Urne gingen, waren von politischer Energie durchbebt, sie fühlten und wußten, daß sie gemeinsam das Schicksal und die Zukunft des Deutschen Reiches gestalten halfen. Nicht daß den Preußen das Schicksal ihres Staates gleichgültiger wäre. Dafür hat ja der Streit über die staatsrechtliche Form Preußens und des Reiches gefordert, der uns fast unmerklich vor die Lösung verwickelter geschichtlicher Probleme stellte. Soll Preußen noch einmal die Einheit des Reiches schaffen, indem es diesmal den umgekehrten Weg geht? Wodurch war es die Macht des brandenburgisch-preussischen Staates, die aus dem Wirrsal der deutschen Sonderbündelei unter gewaltigen Opfern und Entbehrungen das Deutsche Reich entstehen ließ. Soll sich jetzt der preussische Staat auflösen, um einer Kette von Freistaaten Platz zu machen, deren Glieder wohl in einander greifen können, aber nicht müssen? Der Gedanke einer Zerschlagung Preußens wird in weitesten Kreisen auf stärksten Widerstand stoßen. Immerhin haben diese Lebensfragen Preußens tief aufwühlend gewirkt. Wenn die Wahlbeteiligung zurückging, so wirkte dazu mit, daß auf Grund der Listen zur Nationalversammlung gewählt wurde, daß also auch Nicht-Preußen allgemein stimmrechtlich waren. Statistisch läßt es sich natürlich nicht feststellen, daß unter den Tausenden, die am 26. Januar der Wahlurne fernblieben, vornehmlich Nichtpreußen waren. Aber die Wahrscheinlichkeit spricht dafür. Ebenso, daß die nationalen Parteien einen gewissen Beharrungsstand behaupteten, während gerade die Sozialisten, unter denen erfahrungsgemäß die weniger bodenständigen Bevölkerungsteile zu suchen sind Rückschläge erlebten.

Zur Stunde läßt sich das Wahlergebnis noch nicht klar übersehen. Allein eine sozialistische Mehrheit wird auch die Landesversammlung Preußens nicht aufweisen, vielmehr eine verhältnismäßig starke Mehrheit der nicht sozialistischen Parteien herausbringen. Eine Arbeitsmehrheit ist damit allerdings noch nicht ohne weiteres gegeben. Sozialisten und Deutschdemokraten werden wohl wieder einen Weg suchen und finden müssen. Das geht indessen nicht so, wie Herr Ebert einem Vertreter der „Kölnischen Zeitung“ auseinandersetzt. Ebert ist der Meinung, daß an der Politik des 9. November auch im engsten Sinne des sozialistischen Programms festgehalten werden müßte. Das ginge aber nur, wenn die Mehrheitssozialisten für diese Politik in der Landesversammlung sowohl wie in der Nationalversammlung eine sichere Mehrheit fänden. Geschieht das nicht, so müssen sich auch die Sozialisten dem demokratischen Grundgedanken der Mehrheitsherrschaft unterwerfen, auch wenn sie dabei ihre schönsten Felle hoch abschwimmen sehen. Gewiß, die Sozialdemokratie hat auch bei den Landtagswahlen gut abgeschnitten. Sie kann außerdem einen vollen Sieg über die Unabhängigen verbuchen, deren nichtpreussische Hochburgen außer Spiel blieben. Was die Mehrheitssozialisten indessen erreicht haben, ist noch nicht die unbedingte Sicherung ihrer Macht. Sie sind auf die Hilfe der Deutschdemokraten angewiesen, die also auch in der Landesversammlung das Jünglein an der Wage bilden. Diese Stellung ist bei parlamentarischen Geschick so vorteilhaft, daß sie unter Umständen dazu führen kann, die wirkliche politische Macht den Deutschdemokraten zu übertragen. Diese können jederzeit mit der Rechten, in Weimar sowohl wie in Berlin, eine arbeitsfähige Mehrheit schaffen. Das ist in parlamentarisch regierten Staaten durchaus nichts Ungewöhnliches. Die Tatsache, daß die Mehrheitssozialisten in der preussischen Landesversammlung wie in der Nationalversammlung die stärkste Partei bilden, berechtigt sie nicht zu der Auffassung, daß sie den Geist der Politik zu bestimmen hätten. Im klassischen Lande des Parlamentarismus, in England, waren beispielsweise die Unionisten wiederholt im Unerschau als Partei stärker als die Liberalen. Allein die Liberalen hatten die Unterstützung der irischen Nationalisten und der Arbeiterpartei, so daß sie tatsächlich gegen die stärkste Partei des Landes regierten.

Das Zentrum hat sich bei den Landeswahlen in seinen Domänen behauptet. Es läßt sich indessen nicht verkennen, daß in rheinischen Zentrumstreifen der Gedanke der staatlichen Sonderbünde, also die Sprengung der Einheit Preußens, noch immer wuchert. Offenbar gilt diese Sonderbündelei als No'ausgang für den Fall, daß Preußen von einer sozialistisch-demokratischen Mehrheit regiert würde. Die „Kölnische Volkszeitung“ erörtert noch immer die geographischen und bevölkerungspolitischen Grundlagen der rheinischen Freistaaten. Sie scheint kein Gefühl dafür zu besitzen, daß nur das Ganze lebendig sein kann, während die einzelnen Teile auf sich gestellt absterben müssen.

Teilergebnisse der Preußenwahlen.

Berlin, 29. Januar. (Dr.) Die bis Mitternacht vorliegenden Wahlergebnisse ergaben aus 19 Wahlkreisen von 23 folgende Verteilung der Sitze auf die einzelnen Parteien:

| | |
|---|-----|
| Sozialdemokraten | 125 |
| Zentrum 65 (darunter 4 Welsen in Hannover.) | |
| Deutschdemokraten | 56 |
| Deutschnationale | 37 |
| Unabhängige | 21 |
| Deutsche Volksparteier | 17 |
| Deutsche Hannoverische | 2 |
| Schleswig-holsteinische Bauern- und Landarbeiter-Demokraten | 1 |

Berlin, 29. Januar. (Dr.) Amlich. Bei den Wahlen wurden bisher gezählt:

| | |
|---|---------------------------|
| 961 303 gültige und 2316 ungültige Stimmen. | |
| Es erhielten die | |
| Sozialdemokraten | 348 600 Stimmen (8 Sitze) |
| Unabhängigen | 270 460 " (6 Sitze) |
| Deutschdemokraten | 147 751 " (3 Sitze) |
| Deutschnationalen | 99 202 " (2 Sitze) |
| Christliche Volkspartei | 52 853 " (1 Sitz) |
| Deutsche Volkspartei | 59 601 " (1 Sitz) |
| Nationaldemokraten | 14 " (0 Sitze) |

Drei Bezirke fehlten von Dienstag abend noch.

Stettin, 29. Januar. (Dr.) Wahlkreis 7.

| | |
|-------------------------|---------|
| Amliches Wahlergebnis. | |
| Sozialdemokraten | 7 Sitze |
| Deutschnationale | 5 " |
| Deutschdemokraten | 3 " |
| Deutsche Volkspartei | 2 " |
| Unabhängigen | 0 " |
| Christliche Volkspartei | 0 " |
| Pommerische Volkspartei | 0 " |

Minden, 29. Januar. (Dr.) Wahlkreis 17.

| | |
|---|----|
| Amlich. Die Sitze verteilen sich wie folgt: | |
| Zentrum | 10 |
| Sozialdemokraten | 5 |
| Deutschdemokraten | 1 |
| Deutschnationale | 1 |
| Deutsche Volkspartei | 1 |
| Unabhängige | 0 |

Hannover, 29. Januar. (Dr.) Amlich.

| | |
|---|---------|
| 16. Wahlkreis. Es entfielen auf die | |
| Sozialdemokraten | 9 Sitze |
| Zentrum und deutsch-hannoversche Partei | 7 Sitze |
| Deutsche Volkspartei | 2 Sitze |
| Deutschdemokraten | 1 Sitz |
| Deutschnationale | 0 Sitze |
| Unabhängige | 0 Sitze |

Koblenz, 29. Januar. (Dr.) Vorläufiges Wahlergebnis im 21. Wahlkreis Regbz. Koblenz-Trier-Sigmaringen:

| | |
|-------------------|----------|
| Zentrum | 12 Sitze |
| Deutschdemokraten | 2 " |
| Deutschnationale | 0 " |
| Sozialdemokraten | 4 " |

Aus dem Regierungsbezirk Sigmaringen sind Meldungen nicht eingegangen. Zeitungsberichten zufolge ist dort Wahlenthaltung beobachtet worden. Amlich ist nichts bekannt.

Zusammentunft der Finanzminister in Weimar.

Weimar, 28. Januar. (Drahtnachricht.) In Weimar traten heute die Leiter der einzelstaatlichen Finanzministerien unter dem Vorsitz des Staatssekretärs des Reichsschatzamts und

in Anwesenheit des Chefs der Reichskanzlei, als Vertreter der Reichsregierung zu einer Besprechung über die Finanzlage des Reichs und des Steuerprogramms der Reichsregierung zusammen. Die Verhandlungen waren getragen von der einmütigen Erkenntnis der Notwendigkeit gemeinsamer Arbeit zur Wiederherstellung einer gesunden Reichsfinanzwirtschaft auf der Grundlage sozialer Gerechtigkeit.

Die Nationalversammlung über den Anschluß Deutsch-Oesterreichs.

Wien, 28. Januar. (Dr.) Die Neue Freie Presse meldet: Die Deutsche Nationalversammlung wird in Weimar prüfen, ob Sie den Anschluß Deutsch-Oesterreichs an Deutschland während der Friedenskonferenz oder erst nach Unterzeichnung des Friedensvertrages aussprechen soll. Eine Rundgebung für den in Deutschland allgemein geforderten Anschluß ist ebenfalls zu erwarten. Die wirtschaftlichen Fragen werden bereits an den amtlichen Stellen geprüft.

Vorbereitungen zur Nationalversammlung.

Berlin, 28. Januar. Der Eröffnung der Sitzung der Nationalversammlung in Weimar am 6. 2. werden bereits vom 4. Februar ab Beratungen und Fraktionsitzungen vorgehen. Die sozialdemokratische Fraktion versammelt sich bereits am Dienstag zu ihrer konstituierenden Sitzung.

Berlin, 28. Januar. Wie dem „Berliner Tageblatt“ berichtet wird, ist dem Berliner Freiwilligenregiment Reinhard der Schutz der Nationalversammlung in Weimar übertragen worden. Zwei Bataillone des Regiments werden bereits in den nächsten Tagen nach Weimar entsandt und dort untergebracht werden. Die Truppen sollen den dort befindlichen Behörden nicht als Polizeimacht angegliedert werden, sondern lediglich der Regierung für etwa notwendig werdende Maßnahmen zur Verfügung stehen.

Das Oberhaupt der vorläufigen Reichsgewalt.

Berlin, 28. Januar. An der Spitze der vorläufigen Reichsgewalt, deren Einsetzung nach dem Beschluß des bundesstaatlichen Ausschusses der Nationalversammlung vorgeschlagen wurde, soll, wie die „Vossische Zeitung“ erfährt, ein vorläufiger Reichspräsident stehen.

Ein deutscher Unterhändler von den Polen erschlagen.

Bromberg, 28. Januar. (Drahtnachricht.) Leutnant Rogalla vom 14. Inf. Regiment, Sohn des Gemeindevorstehers in Schleusenau, ist am vergangenen Dienstag im Laufe von Verhandlungen, die er als Parlamentär mit den Polen bei Thure führte, mit Gewehrkolben erschlagen worden. In schwer verletztem Zustande, aber noch lebend, wurde er in das Schübener Lazarett eingeliefert, wo er inzwischen gestorben ist.

Wie uns dazu noch mitgeteilt wird, erschien am folgenden Tage in dem Lazarett ein polnischer Matrose, um sich zu erkundigen, ob das „Säweim“ noch am Leben sei.

Die Schandtat richtet sich von selbst. Die Folge wird sein, daß man sich künftig auf deutscher Seite nicht mehr so vertrauensselig auf Verhandlungen einlassen wird.

Eine Erklärung der Reichsregierung zur belgischen Frage.

Berlin, 28. Januar. (Drahtnachricht.) Von zuständiger Seite geht uns eine Erklärung zu, nach der durch Vermittlung von W. L. B. eine Rundgebung verbreitet worden ist, die sich mit dem Inhalt der Akten befaßt, die von der früheren deutschen Verwaltung in Belgien zurückgelassen worden sind. Sie bezweckt den Anschein, als wolle die heutige Reichsregierung die Belgienpolitik des alten Regimes decken oder gar den Versuch unter-

n-hmen, sie von jeder Anlehnungsauf-
ficht zu waschen. Das muß als eine
Forderung und nicht als eine Bedingung
angesehen werden. Das heutige Gesetz
hat mit seinen Bestimmungen auf
die Abklärung der Angelegenheiten
nicht das Bestreben zu tun.

Kohlenstreik und Geldverzugung.

Der Arbeiterrat der Reichsdruckerer
öffentlich im „Vorwärts“ einen Aufruf an die
Bergarbeiter, in dem es heißt: Bergarbeiter!
Genossen! Schafft Kohlen! Die durch Kohlen-
mangel hervorgerufene Gasperre verhindert
die Herstellung des Gases in der Reichsdrucker-
ei. Wenn die Gasperre längere Zeit besteht,
können die Löhne für Arbeiter, die Unter-
stützungen für Arbeiter nicht mehr gezahlt wer-
den! Also: Schafft Kohlen!

Alara Zeitlin geht zu Sparafus.

Stuttgart, 27. Januar. Die Stuttgar-
ter Sparafusleute, 353 an der Zahl, mit Frau
Zeitlin an der Spitze, haben ihren Austritt aus
der Unabhängigen Partei erklärt und sind dem
Sparafusbund beigetreten. Der Führer der
Unabhängigen bleibt Crispin.

Wann kehren die deutschen

Gefangenen heim?

Der „Vorwärts“ schreibt: Trotz der ungün-
stigen Verhältnisse, die durch Abgabe des ruden-
den Materials, durch die schnelle Räumung des
von den Deutschen besetzten Gebietes und der
Landesteile links des Rheins hervorgerufen waren,
trotz der Weigerung der Entente, die im be-
setzten Gebiete beschäftigten 80 000 russischen
Kriegsgefangenen zu übernehmen, ist der Ab-
transport der rund 635 000 feindlichen Kriegs-
gefangenen, mit Ausnahme einiger Kranker,
reflexlos bis zum 15. Januar durchgeführt worden.
Diese Leistung, die nur durch Anspannung der
äußersten Kräfte aller in Betracht kommenden
deutschen Behörden erreicht werden konnte, ist
um so höher zu bewerten, als die durch den Um-
sturz hervorgerufenen Schwierigkeiten einen
planmäßigen Abtransport häufig in Frage ge-
stellt haben.

Nicht unerwähnt soll bleiben, daß durch das
verständnissvolle Eingehen der in Berlin befind-
lichen feindlichen Delegationen auf die Wünsche
der deutschen Behörden der Abtransport nicht
unwesentlich gefördert worden ist. Es ist zu
hoffen, daß die Entente nunmehr ihrerseits end-
lich damit beginnen wird, auch die deutschen
Kriegsgefangenen in die Heimat zurückzuführen,
und daß die feindlichen Behörden eine ähnliche
Opferfreudigkeit und Gewissenhaftigkeit beweisen
werden, wie sie die deutschen unter weit schwie-
rigeren Verhältnissen, als wie es in den Ländern
der Entente der Fall sein wird, gezeigt haben.
Hierdurch würde der sehnlichste Wunsch der we-
itesten Kreise des deutschen Volkes erfüllt werden,
das, im ehrlichen Kampfe überwunden, das
Recht hat, seine Monate und Jahre in feindlicher
Gewalt befindlichen Brüder, Männer und Weiber
wiederzuerhalten, ein Recht, das nicht nur in
den Bestimmungen des Völkerrechts begründet
ist, sondern dessen moralische Geltung von jedem
Menschenfreunde mag er in neutralen oder im
feindlichen Auslande sich befinden, unumwunden
anerkannt werden muß.

Die deutschen Kolonien unter fremder Verwaltung.

Paris, 28. Januar. (Dr.) Havas. Be-
züglich der deutschen Kolonien hat die Kon-
ferenz eine Fassung vorgelesen, nach der die
Verwaltung der ehemaligen deutschen Kolonien
dem Völkerbund übertragen wird, der seine
Befugnisse auf die unmittelbar interessierten
Nationen überträgt. Wenn dieser Gedanke
sich durchsetzt, wird Frankreich Togo und 2/3
von Kamerun verwalten.

Von der Waffenstillstandskommission.

Berlin, 27. Januar. Die Deutsche Waf-
fenstillstandskommission teilt mit: Infolge
Teilnahme der deutschen Kommissionsmitglieder
an den preußischen Wahlen fand in Spa am
26. Januar keine Sitzung der Waffenstillstand-
skommission statt. Jedoch wurde deutscherseits
den Entente-Vertretern eine Note übersandt,
die die Äußerungen enthält, sofort mit dem we-
iteren Abtransport der in Hador Pascha zu-
sammengedruckten deutschen Truppen durch das
Mittelmeer zu beginnen. Teile dieser Trup-
pen seien von der Entente schon vor Weih-
nachten auf Frachtdampfern untergebracht
worden, welche außerhalb der Mole im Mar-
mara Meer ankern. Dies bedeute bei den
jetzt dort herrschenden Stürmen eine außeror-
dentliche Härte. 3000 Mann seien ferner nach
der Insel Pankipo und 1100 nach der Insel
Halki übergeführt worden. Viele Truppen
seien ohne jede Etappenrichtung und daher
auf die Hilfe der Entente angewiesen. Die
deutsche Note bittet um Auskunft, ob die En-
tente den auf den beiden Inseln befindlichen
deutschen Truppen auch wirklich die nötige
Fürsorge leiste. Zugleich ist es fest, daß, im
Gegensatz zu dem gegebenen Versprechen, noch
keine Mitteilung über das Schicksal der deut-
schen Truppen im gesamten Gebiet des
Schwarzen Meeres von der Entente eingegan-
gen ist. Auch die deutsche Bitte, eine Postver-
bindung mit diesen Truppen zuzulassen, sei
noch unbeantwortet.

Auf die von der deutschen Kommission
übermittelte Beschwerde des Kardinals Hart-
mann von Köln, daß die britischen Truppen
im besetzten Gebiet Pfarrhäuser zur Quar-
antierung und als Offizierskasinos benutzten,

ging der deutschen Kommission heute die An-
wort zu, die britischen Truppen seien ange-
wiesen worden, Pfarrhäuser nur im Notfall
besetzen und unter keinen Umständen in
ihnen Kasinos einzurichten.

Die britische Kommission übersandte ferner
eine Note, in der verkündet wird, daß alle
Ausführungen englischer Soldaten umgehend
und rückwärtslos bestrafen würden. Anzeigen
und Auslagen von Einwohnern des besetzten
Gebiets betreffend Uebergriffe englischer Sol-
daten werde die britische Kommission in un-
parteiischer Weise prüfen.

Die Behandlung der Kriegsgefangenen in Deutschland.

Berlin, 27. Januar. (W. T. B.) Ein
Zeichen für die frivole Gesinnung, mit der
Kriegsgefangene leichtfertige und unbegründete
Anschuldigungen gegen die Kommandanten
deutscher Gefangenenlager erheben, ist die Be-
schwerde des französischen Majors Dulac im
Offiziersgefangenenlager Torgau. Dieser er-
klärte neulich einem Beamten des Lagers, die
französische Regierung werde Herrn Oberst
v. Brigen zur Rechenschaft ziehen, weil er
Kommandant solcher Gefangenenlager gewesen
sei, in denen infolge unmenschlicher Behandlung
zahlreiche Todesfälle unter den Kriegsgefangenen
eingetreten seien. Herr Oberst v. Brigen,
der früher Kommandant der Gefangenenlager
in Halle a. S. und Magdeburg war und seit dem
1. März 1918 Kommandant des Offiziersgefan-
genenlagers Torgau ist, hat sofort nach Be-
kannntwerden der Äußerung des Majors D. die
umgehende Eröffnung eines Untersuchungsver-
fahrens gegen sich selbst beantragt, um die un-
geheuren Anschuldigungen des Majors D. zu
widerlegen. Die sofort eingeleiteten Ermitt-
lungen haben die Möglichkeit der von Major D.
erhobenen Anschuldigung ergeben. Nach den vor-
liegenden Urkunden sind während der Amts-
tätigkeit des Oberst v. Brigen im Lager Halle im
ganzen vier Todesfälle zu verzeichnen gewesen;
nach der vom Chefarzt des Lagers erstatteten
Meldung ist es ausgeschlossen, daß in irgend
einem Falle schlechte Behandlung als Todesur-
sache in Betracht kommt. Im Lager Magde-
burg sind während der Amtstätigkeit des Oberst
v. Brigen überhaupt keine Todesfälle vorgekom-
men.

Unbefugter Eingriff der Feinde in den Privatbesitz Wilhelms II.

Berlin, 28. Januar. Nach einer Mel-
dung der „Times“ hat der Regierungskom-
missar für das besetzte Gebiet angeordnet, daß
alle Güter Wilhelms II. in Elshausen in
den Beschlagnahme genommen sind. Es handelt sich um das
Schloß „Uvle“ und das daran anstoßende
Gut „Des Menils“.

Die nächste Aufgabe.

Die Deutschdemokratische Partei hat ihren
ersten Wahlkampf ehrenvoll bestanden. Nicht
weniger als 77 Abgeordnete zählten in die deutsche
Nationalversammlung ein; 5612111 Wähler
haben sich zu unserer Partei bekannt. Wir
dürfen stolz sein auf diesen großen Erfolg.
Aber wir sind seiner nur wert, wenn wir auf
den Vorbeeren nicht ausruhen, wenn wir klar
erkennen, zu was er uns verpflichtet. Die
von uns gewählten Mitglieder der Nationalver-
sammlung werden zu zeigen haben, daß und
wie die deutsche Demokratie für das deutsche
Volkswohl zu sorgen weiß. Sonst sind sie des
Vertrauens nicht würdig gewesen, mit dem wir
sie nach Weimar ziehen lassen. Wir anderen
aber dürfen jetzt nicht rasten. Die große Auf-
gabe, die uns gestellt ist, lautet „organisiert
Euch!“

Organisation ist immer eine schwache Seite
des liberalen und demokratischen Bürgertums
gewesen. So mancher schöne Wahlsieg in der
Geschichte des freiheitlichen Bürgertums ist
sogar wieder verkümmert, weil es an dem
starken Willen und der Opferwilligkeit zur
weiteren Parteiarbeit und der Organisation
schlechte. Die nächste Wahl zeigt schon herbe
Niederlagen. Die junge Deutsche demokratische
Partei hat vieles neue gebracht, vor allem in
der Ueberwindung ungeliebter Parteizwänge.
Auch darin muß sie jetzt eine Wandlung gegen
früher bringen: Sie muß lebenskräftig sein und
werden in ihrer Organisation. Wie viele von
den 5612111 Wählern und Wählerinnen, die
am 19. Januar ihren Stimmzettel für die
Partei abgaben, mögen wohl schon organisiert
sein? Ein kleiner Bruchteil. Damit ist unsere
Aufgabe vorgezeichnet. Schließt die Reihen, die
Ihr den Stimmzettel abgibt. Tretet in die
bestehenden Organisationen der Partei ein.
Schafft neue, schafft überall örtliche Partei-
vereine. Sorgt dafür, daß große Parteiver-
bände entstehen in den einzelnen Wahlkreisen.
Sorgt auch dafür, daß die demokratischen Ge-
danken in einer gesinnungstreuen Presse über-
all ihre beredete Vertretungen finden. Grün-
det, wo es noch not tut, demokratische Zeitun-
gen. Organisation und Presse sind die beiden
Kanäle, durch die allein der demokratische
Gedanke unaufhörlich und unablässig in die
Volksmassen geleitet werden kann. Und das
ist notwendig. Die Wahlen zur Nationalver-
sammlung waren nur der Anfang des Kamp-
fes um die Richtung des politischen Volks-
willens. Die Wahlen für den Präsidenten der
deutschen Republik, für das geplante Volks-

parlament, für die verfassungsmäßigen Lan-
dsverordnungen werden folgen, bald, sehr bald,
auch in diesem Jahr. Die Gegner zur Rech-
ten und Linken sind nicht ruhig. Wie sie
arbeiten, haben wir in den letzten Wochen ge-
sehen. Wir müssen sie an Arbeitswillen und
Arbeitskraft überbieten, soll nicht der große
Erfolg vom 19. Januar wieder verloren
gehen. Das ist die Aufgabe, die er uns stellt.
Gehen wir an die Arbeit unter Opfern und
Mühen. Sie tragen ihren Gewinn in sich.
Er ist die wachsende Herrschaft der Deutschen
demokratischen Partei im Dienst des deutschen
Volkes, im Dienst für das Gemeinwohl.
Martin Wenck

Dänemark soll kein deutschsprachiges Gebiet annehmen.

Kopenhagen, 27. Januar. Der dänische
Minister Stauning (Sozialdemokrat. Red.
d. „B.“) führte zu der norddieswischen Frage
aus: Ueber 56 Jahre haben wir gegen die Ein-
verleibung von Dänen in Deutschland protestiert,
und jetzt, wo das Unrecht aufhören soll, beginnt
man auf dänischer Seite dafür zu agitieren, daß
Dänemark deutsches Land und deutsche Bevölke-
rung an sich nehmen soll. Die Bewegung ist
nicht ohne Gefahren für Dänemark. Was dän-
isch ist, soll auch dänisch werden, aber alle Pläne
auf weitergehende Eroberungen müssen von al-
len zurückgewiesen werden, denen das Wohl Dä-
nemarks am Herzen liegt.

Die Italiener müssen Fiume räumen.

Fiume, 27. Januar. (Tschechoslowakisches
Pressebüro.) Der Berichterstatter der kroatischen
Presseabteilung erfährt von amtlicher Stelle:
General erbielt der französische General ein Te-
legramm, wonach die Italiener ihre gesamten
Truppen mit Ausnahme von zwei Bataillonen
aus Fiume sofort zu entfernen haben. Das
Kommando über die Stadt übernimmt eine in-
ternationale Kommission, bestehend aus den
Kommandanten aller Entente-Truppen, die sich
gegenwärtig in Fiume befinden. Das serbische
Bataillon kehrt nach Fiume zurück.

Die Serben in Fiume.

Agram, 28. Januar. (Dr.) Serbische Pa-
tillone zogen in Fiume ein, das von den
Italienern geräumt wurde.

Der britische Entwurf zum Völkerbund.

London, 28. Januar. (Dr.) Reiter. Die
Blätter veröffentlichten die Umrisse des briti-
schen Entwurfs für den Völkerbund der von
Grundsatz der Abschließung und des was es
gegen einen des Angriffs schilde Staat
auspricht. Die britischen Vertreter setzen die
Regelung von Streitigkeiten unter den Auf-
gaben des Völkerbundes an die erste Stelle,
aber man hofft, seine Wirksamkeit auch auf
die Unterstüßung der neuen Staaten, Ueber-
wachung des Handels mit Waffen und Mu-
nition, Aufrechterhaltung der Freiheit der
Verkehrswege sowie regelmäßige Handels-
beziehungen. Deutschland soll fürs erste aus-
geschlossen werden, aber nicht unendliche Länge.

Keine Teilnahme Rußlands an den Verhand- lungen auf der Pruzen Insel?

Berlin, 28. Januar. Dem Berliner
„Lokal Anzeiger“ aus Wien zufolge wird
nach einer Meldung der slowakischen Korrespon-
denz kein auf dem Boden des heutigen Ruß-
land entstandener Staat der Einlösung der
Ententensätze zu den Verhandlungen auf der
Pruzener Insel Folge leisten.

Amerikanische Risikofrauen.

Es ist bekannt, daß die Vereinigten Staaten
seit Beginn des europäischen Krieges an Liefere-
rungen für die Entente ungeheure Summen ver-
dient haben. Die Anforderungen an die nord-
amerikanische Industrie und an die Lebensmittel
der Vereinigten Staaten wurden immer ge-
waltiger, die Preise stiegen, sodaß die Entente
schließlich die Lieferungen aus eigenen Mitteln
nicht mehr bezahlen konnte, sondern gezwungen
war, auch noch amerikanische Kredite dafür in
Anspruch zu nehmen. Die Vereinigten Staaten
verdienten also nicht nur an den Waren und ih-
ren Transporten, sondern auch an den Vor-
schüssen auf die Lieferungen. Amerika wurde
die große Güter- und Geldzentrale der Entente.
Wie zuvor hatten die Vereinigten Staaten ein
solches Auswachsen ihrer Ausfuhr und einen
solchen Goldzufluß erlebt. Die Goldzufuhr
war derart umfangreich, daß sie zur Gefahr
für die Preisentwicklung in Nordamerika wur-
de, sodaß man dort schon daran dachte, das Ein-
strömen des Goldes zu behindern.

Selbstverständlich haben an diesen Lieferun-
gen die großen Trusts am meisten verdient.
Wenn auch die Regierung der Vereinigten Staa-
ten mit ihren kriegswirtschaftlichen Maßregeln
sehr energisch in die Preisbildung und in die
Güterverteilung eingriff, so konnte sie doch nicht
verhindern, daß die Trusts von Jahr zu Jahr
gewaltiger wurden. Einzelne Trusts sind so
stark geworden wie ihre Leiter beziehungsweise
Hauptaktionäre sich vor dem Kriege nicht träu-
men ließen. Beispielsweise der bekannte amerika-
nische Fleischtrust Armour and Comp. Dieser
Trust, der bekanntlich schon vor dem Kriege we-
gen seiner sehr eigenartigen Methoden viel von
sich reden machte, hat besonders an den Liefere-
rungen für die amerikanischen Truppen in Eu-
ropa ungeheuer viel Geld verdient. Sein Rein-
gewinn hat sich in einem Jahre nicht weniger
als verdreifacht. Er hat im Jahre 1918 rund
60 Millionen Mark verdient gegen ungefähr
10 bis 12 Millionen Mark im Jahre vorher.

Der Umsatz erreichte 1918 die ungeheure Summe
von beinahe 3,5 Milliarden Mark.

Es ist wahrscheinlich, daß diese außerordent-
liche Gewinnentwicklung in der nächsten Zeit,
vielleicht in den nächsten 2 bis 3 Jahren, noch
nicht erheblich nachlassen wird. Denn die Ver-
einigten Staaten sind dazu ausersehen, die aus-
gehungerten Weltmächte mit Lebensmitteln
zu versorgen. Zunächst mit Weizen, Fett und
Milch, dann aber auch wohl mit Fleisch, beson-
ders mit konserviertem Fleisch oder mit Gefrier-
fleisch. Die amerikanischen Fleischtrusts haben
die argentinischen Viehherden geradezu dezimi-
ert. Das Vieh wurde an Ort und Stelle zer-
stückelt und in geeigneten Frachtdampfern als
Gefrierfleisch nach Europa transportiert. Es ist
anzunehmen, daß die Trusts auch jetzt wieder
aus Argentinien liefern werden, wenn ihr eige-
nes Material, das heißt ihr nordamerikanisches
Material, nicht ausreicht. Aus Nordamerika
wird wohl hauptsächlich Büchsenfleisch kommen.

Auch andere wichtige Produkte werden die
Vereinigten Staaten in großen Mengen zu lie-
fern haben. Nach den nordischen neutralen
Ländern liefern sie schon seit einiger Zeit er-
heblich mehr als im Kriege, da die Ausfuhr-
beschränkung für eine ganze Anzahl von Waren
aufgehoben ist. Sie liefern unter anderem
Kohle, Chemikalien, Schreibmaschinen, Fahr-
räder, Speck usw. Das Geschäft der Vereinig-
ten Staaten wird also weiter blühen, und man muß
nur hoffen, daß die Preise wenigstens einiger-
maßen angemessen sind. Beim Friedensschluß
sollte von den deutschen Vertretern mit aller
Energie auf Preisabmachung gedrungen wer-
den. Es geht nicht an, daß ein Land, das zu-
dem noch schwer unter seiner schlechten Waf-
fenlast leidet, Kesselfuhrpreise bezahlt, während an-
dere Länder erheblich weniger zu zahlen haben
und daher von vornherein viel besser dastehen.
Wenn der Völkerbund als Wirtschaftsbund ein-
gehen soll, so muß er auch einen Preisausgleich
festlegen. Das Prinzip der Rohstoffkontrolle ist
ja anscheinend von der Entente schon fallen ge-
lassen worden. Nun ist es Zeit, auch die uner-
hörten Preisunterschiede, die beinahe Prohibi-
tivstoffe gegen Deutschland sind, wenigstens zu
mildern. Dazu bedarf es auch eines internatio-
nalen Währungsabkommens, das ebenfalls
schleunigst angestrebt werden muß.

Aus Stadt und Land

Thorn, 29. Januar.

Das Ergebnis der preußischen Wahlen in Westpreußen

Berlin, 29. I. (Dr.) Amliches Wahler-
gebnis für den zweiten Wahlkreis: West-
preußen. Bei den Wahlen zur preußischen
Landesversammlung erhielten:

| | |
|-----------------------------|----------------|
| die Unabh. Sozialdemokraten | 22 687 Stimmen |
| die Mehrheitssozialisten | 14 714 „ |
| die Deutschen Demokraten | 129 321 „ |
| die christliche Volkspartei | 77 147 „ |
| die Deutschnationalen | 126 719 „ |

Es fehlt noch das Ergebnis einer größeren
Anzahl von Bezirken. Die Verteilung der
Sitze dürfte sich folgendermaßen gestalten:
Unabhängige Sozialdemokraten 5
Mehrheitssozialisten 5
Deutsche Demokraten 5
Christliche Volkspartei (Zentrum) 2
Deutschnationale 4

Da das Ergebnis aus mehreren Bezirken
noch aussteht und der Unterschied der für die
demokratische und die deutschnationale Partei
abgegebenen Stimmen verhältnismäßig gering
ist, muß man mit der Möglichkeit rechnen,
daß in der Verteilung der 17 Sitze noch kleine
Verschiebungen eintreten. Bei der deutschen
demokratischen Partei wird es sich darum
handeln, ob sie fünf Sitze behaupten kann oder
sich mit vier begnügen muß. Im ersten
Falle wären folgende deutschdemokratische
Wahlwerber gewählt:

1. Schmiljan, Alfred, Stadtschreiber, Danzig.
2. Moritz, Berthold, Landwirt, Volkskoms-
mitglied des Deutschen Bauernbundes, Wil-
helmsau, Kr. Culm.
3. Winkler, Max, Bürgermeister, Graudenz.
4. Rebehn, Georg, Techniker, Elbing.
5. Aronsohn, Max, Rechtsanwalt, Thorn.

Von dem Deutschnationalen Wahlvorschlag
kommen nach dem bisherigen Ergebnis fol-
gende Wahlwerber als gewählt in Betracht:

1. Vorsitzender der deutschen Kleinrenten-
genossenschaft Ronitz, Spezialkommissar Ge-
heimer Regierungsrat Franz Weiserme-
lonitz,
2. Generalsuperintendent D. Wilhelm Rein-
hard, Danzig, Johannisst. 3,
3. Vorsitzender der Handwerkskammer des Re-
gierungsbezirks Marienwerder Schlosser-
meister Emil Hache in Graudenz,
4. Rektor Paul Matschkewitz, Danzig,
Schlüsselbaum 10.

Von den Mehrheitssozialisten erscheinen
als gewählt:

1. Bende, Richard, Stadtrat, Bromberg,
2. Brill, Arthur, Soldatenrat, Graudenz,
3. Sellin, Eugen, Krankenkassenangehöriger,
Danzig,
4. Beyer, Alfred, Dr. med., Anfallsarzt,
Neupohl,
5. Peter, Otto, Dekonom, Elbing,
6. Wohlgemuth, Tony, Frau, Danzig.

Das Zentrum hat folgende Vertreter zu-
entsenden:

1. Behrendt, Joseph, Mittelschullehrer, Danzig, 2 Sawaghi, Anton, Pfarrer, Danzig.

Die unabhängige Sozialdemokratie haben wieder eine ebenso große Niederlage erlitten wie bei den Wahlen zur Nationalversammlung.

Vom Stadttheater In der morgigen Wiederholung von „Dreimäderlhaus“ wird Fräulein von den Straaten, die früher an unserer Bühne tätig war, als Gast auftreten.

Hindenburg und die Sicherung der Ostmark Auf eine Zuschrift des Weltpreußischen Heima dienstes gitt aus dem Generalkomitee des Feldheeres die Antwort ein: Der Generalkommandant hat mit Interesse von den Jungschritten Kenntnis genommen, die dazu dienen sollen, das deutsche Bewußtsein zu stärken, und spricht für die Ueberwindung seinen besten Dank aus. Den Herrn Generalkommandant hat die Sache und der Diktator gegen einen Einbruch des Feindes sehr am Herzen; seien Sie überzeugt, daß von Seiten der Obersten Heeresleitung alles nur Mögliche geschieht, um die erforderlichen Maßnahmen zur Durchführung zu bringen.

Rückkehr deutscher Heeresangehöriger nach der Schweiz Laut Mitteilung der schweizerischen Zentralstelle für Fremdenpolizei haben sich entlassene deutsche Heeresangehörige, die vor dem Kriege in der Schweiz wohnten und dahin zurückkehren wollen, wenn sie seit mehr als vier Wochen aus dem Heeresdienst entlassen sind und sich als Zivilpersonen in Deutschland aufhalten, zwecks Erlangung der Einreiseerlaubnis an die zuständigen schweizer Konsulate in Deutschland zu wenden. Ausgenommen hiervon sind diejenigen Heeresangehörigen, die sich bereits in Sammellagern an der deutsch-schweizerischen Grenze aufhalten und solche, die bereits ein Einreisegeßuch bei der Poststelle in Singen (Abfertigungsstelle des 14. Armeekorps in Singen) eingereicht haben.

Stand der Demobilisierung des Deutschen Heeres. Mit dem 18. Januar ist das gesamte Wehrheer in seine Demobilisierungsorte abbeordert. Vom Oheer, das bei Beginn der Demobilisierung rund 600000 Mann stark war, sind bis 18. Januar rund 500000 Mann in ihren Demobilisierungsorten eingetroffen. Die deutschen Truppen der Türkei haben bis auf etwa 100000 Mann ihre Ersatzgruppen erreicht. Die Entlassung der Mannschaften in den Demobilisierungsorten schreitet planmäßig fort. Am 18. Januar betrug die Stärke aller außerhalb des Reichsgebiets befindlichen Truppen rund 130000 Mann (einschließlich Türkei). Von diesen Truppen werden, falls keine Hindernisse eintreten, die letzten etwa in der zweiten Hälfte des Februar ihre Demobilisierung erreicht haben.

Die frühere Kronprinzessin hält sich immer noch in ihrem Landhause „Oecilienhof“ am Jungfersee in Potsdam auf, das sie zu dauerndem Aufenthalt beibehalten will. Der Kronprinz lebt in dem holländischen Orte Bieringen zurückgezogen in einem Pastorenhause. Bei ihm befinden sich Mitmeister von Zobelitz, sein langjähriger Kammerdiener Bruhn und ein Leibhufar.

Die Einfuhr von Zahlungsmitteln in das Aufstandsgebiet der Polen. Infolge des Vorgehens der ausländischen Polen auf wirtschaftlichem Gebiet hat, wie wir hören, die Reichsregierung sich gezwungen gesehen, durch eine Verordnung für die Einfuhr von Zahlungsmitteln jeder Art in das Aufstandsgebiet der Provinz Polen eine besondere Erlaubnis des Reichsschatzamt oder der von diesem bezeichneten Behörde vorzuschreiben. Lediglich im Wege des Reiseverkehrs dürfen Zahlungsmittel bis zur Höhe von 1000 Mark innerhalb eines Kalendertages, jedoch nicht über 3000 M. innerhalb eines Kalendermonats ohne eine solche Erlaubnis in das Aufstandsgebiet gebracht werden. Weiter ist die Ausgabe von Ersatzwertzeichen (Notgeld jeder Art) in dem genannten Gebiet verboten. Eine genaue Angrenzungs dieses Sperrgebiets ist durch eine besondere Bekanntmachung der Reichsregierung im Reichsanzeiger erfolgt. Die Banken und das Publikum werden dieser in das wirtschaftliche Leben tief einschneidenden, aber durch den Zwang der Dinge unvermeidlich gewordenen Anordnung ihre besondere Aufmerksamkeit zu widmen haben.

Erhöhung der Zündholzpreise. Das Steigen der Preise für ausländische Zündhölzer hat eine Erhöhung der Höchstpreise für Auslandszündhölzer erforderlich gemacht. Diese sind mit sofortiger Wirkung auf 1 Mark für 10 Schächteln oder 10 Pfennig für 1 Schächtel festgesetzt worden.

Freigabe des Handels mit Öbrröbft. Die Reichsstelle für Gemüse und Obst hat sich zur Freigabe des Handels mit Öbrröbft in der Hoffnung entschlossen, daß es dem reellen Handel am besten selbst gelingen wird, den in der letzten Zeit besonders bemerkbar gewordenen unlauteren Schleichhandel mit dieser Ware zu überwinden. Auch von Höchstpreisfestsetzungen für Öbrröbft glaubt die Reichsstelle Abstand nehmen zu können. Sie weist aber darauf hin, daß die Vorschriften der Bundesratsverordnung vom 8. Mai 1918 gegen Preisstreberei noch in Geltung und zur Bekämpfung

wucherischer Preise für Öbrröbft auszeichnend sind.

Mitteilungen der öffentlichen Wetterdienststelle. Donnerstag, den 30. Januar. Zeitweise heiter, fortdauernd Frost.

Culmsee „Der deutsche Frauenbund Culmsee“ hielt am Sonnabend seine fünfte Versammlung ab. Die „Culmsee Zeitung“ schreibt hierzu u. a.: Während in der vorliegenden Versammlung eine Rednerin der deutschen nationalen Volkspartei gesprochen hatte, hatte diesmal die deutschdemokratische Partei das Wort erhalten. Herr und Frau Professor Semrau aus Thorn sprachen in ruhiger und sachlicher Weise über die Ziele dieser Partei.

Schwarzenau. Ein diebisches Kleeblatt, Bauer, Sohn und zukünftiger Schwiegersohn, haben dem Gastwirt Kowalewski in dem 12 Kilometer entfernten Neu Teckenburg zwei fette Schweine gestohlen. Hier wurden die Spüßbuben von einer Soldatenpatrouille festgenommen. Bei der Hausdurchsuchung wurde noch ein bereits geschlachtetes Schwein, sowie eine Menge geschlachtetes Geflügel vorgefunden. Die Diebe sind zur Aburteilung nach Posen gebracht worden. Dem Arzt Dr. Maowski wurden durch Einbruch aus seiner Wohnung sämtliche Betten, Kleider und Wäsche im Werte von 15000 M. entnommen.

Neustadt. Wüste Auftritte haben sich hier abgespielt. Mehrere Personen zerstückelten Fleischläden und räumte sie teilweise aus; ferner wurde die Freibank gekürrt. Erst nachdem genügend Militär aus den Nachbarräumen sichtbar wurde, zerstreute sich die Menge. Die Rädelsführer sehen schwerer Bestrafung entgegen.

Katzen. Zu der Verhaftung der Polen bringt jetzt das „Kathäuser Kreisblatt“ ergänzende Mitteilungen. Zunächst wird aus Katzen gemeldet, daß bei der von Danziger Truppen vorgenommenen Hausdurchsuchung nach Waffen der polnische Agent v. Paschke verhaftet und nach Danzig gebracht wurde. Aus Chmielno wird berichtet, daß der Schmied Reglinski und der Organist Bukowski verhaftet worden sind. Beide hatten in voriger Woche einen „Ansturz“ ins Werk gesetzt, um eine „Republik Chmielno“ zu errichten. Der Plan scheiterte jedoch noch vor der völligen Ausführung. Der Amisoorbeiter war bereits von der neuen polnischen Gewalt abgelehrt und der Chmielnoer Mühle waren besondere „Anweisungen“ gegeben worden. Die deutsche Ordnung wurde wieder hergestellt und die Verhafteten nach Danzig gebracht.

König. Eine abenteuerliche Gesellschaft traf unter Führung des hier bekannten früheren Redakteurs Oberleutnant Schröder mit 30 Feldtrauern Berlin hier ein, um nach seiner Angabe sich hier von zehntägigen Berliner Straßenkämpfen auszuruhen und dann nach Libau weiterzufahren. Der Trupp war teilweise abenteuerlich ausgerüstet. Einzelne Leute hatten den Revolver offen im Koppel stecken. In Rucksäcken und Handtaschen waren Handgranaten verpackt. Auch eine schwarzweißrote Fahne fehlte nicht. Da die Papiere des Führers, lt. „Scheidem. Tagebl.“ nicht einwandfrei waren, wurde der Trupp auf Anordnung des A- und S-Rates durch die hiesige 5. M. G. K. entwaßnet und nach Berlin zurückgebracht.

Elbing. Eine große Kundgebung für die Vorkämpfer des Sozialismus Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg fand der „Elb. Ztg.“ zufolge Sonnabend mittag statt; sie bestand in einem Massenumzug und einem darauffolgenden Redakt auf dem Friedrich-Wilhelm-Platz. In sämtlichen Fabriken der Stadt wurde nicht gearbeitet. Den Geschäftsleuten war vom Arbeiter- und Soldatenrat anheimgestellt worden, ihre Geschäfte von 11 bis 1 Uhr zu schließen. Um 11 Uhr ordneten sich die Teilnehmer an der Gedächtnisfeier, die sich in den verschiedenen Stadtteilen zu Gruppen angesammelt hatten, auf dem Getreidemarkt, von wo sich der viele tausend Personen zählende Zug unter Vorantritt der Militärkapelle in Bewegung setzte. Im Zuge befanden sich rote Fahnen mit Trauerflor und an roten Stangen befindliche Tafeln, auf denen zu lesen war: „Der Scheidegruß der Elbinger Arbeiter ihren ermordeten Vorkämpfern Liebknecht und Luxemburg“, „Wir protestieren gegen den Mordanschlag an Liebknecht und Luxemburg“, „Nächt euch an den Mördern Liebknechts“, „Ihr habt die Macht in Händen, wenn ihr nur einig seid“, „Was du tust, das tue ganz“ usw. Die Feier auf dem Friedrich-Wilhelm-Platz wurde durch ein Musikstück der Militärkapelle eröffnet, worauf der Arbeitergesangverein „Viederreund“ zwei stimmungsvolle Gesänge vortrug. Die Herren Grunwald und Hermann Schulz hielten kurze Ansprachen. Nachdem die Militärkapelle wiederum gespielt, erreichte die Feier, der eine gewaltige Volksmenge beiwohnte, ihr Ende.

Danzig. Die verschwandenen Kellnerinnen. Juden Kriegererscheinungen, die allgemach aus dem Bilde der Gegenwart schwinden, gehört auch die Kellnerin, die im Kriege ihren im Felde befindenden Kollegen vertrat. Jetzt sind die Kellnerinnen aus den Danziger Gastwirtschaften und Tischhäusern verschwunden, nachdem bekanntlich die beiden

Berufsorganisationen der Kellner dies von den Gastwirten verlangt hatten.

Danzig. Gegen den Demonstrationstreik für Liebknecht-Luxemburg nahm eine Zentrumsversammlung Stellung, in der Arbeitersekretär Schümmer und der Arbeiter Stawinski sprachen. Es wurde mitgeteilt, daß die Betriebsarbeiterräte den Beschluß selbständig gefaßt und den Vollzaus ausschloß des A- und S-Rates vor die vollendete Tatsache gestellt haben. Selbst Mitglieder der freien Gewerkschaften beklagten den Beschluß nicht. Wie weiter gemeldet wird beteiligten sich an dem Demonstrationstreik etwa 15000 Arbeiter, die nach dem Heumarkt mit roten, umflorten Fahnen zogen. Man sah eine Anzahl Schilder mit Aufschriften wie: „Schmach und Schande über die Mördere von Liebknecht und Rosa Luxemburg“, „Arbeiter die Revolution ist in Gefahr, die Reaktion feiert Orgien“ usw. Nach einer einleitenden Trauermusik einer Militärmusik hielten Parteisekretär Gehl und Frau Käthe Leu Ansprachen. Frau Leu beschuldigte die bürgerlichen Elemente des „Mordes“ an den beiden „unsterblichen“ Führern. In einer Entschlieung wurde strenge Bestrafung der Mördere gefordert und hierauf ein Hoch auf die freie Danziger Arbeiterschaft und auf die Internationale ausgebracht. Dann marschierte der Zug unter Vorantritt zweier Militärkapellen durch die Langgasse zum Langmarkt. Dort erfolgte die Auflösung des Zuges. In den Betrieben fanden dann noch gesonderte Versammlungen statt. Zu Zwischenfällen ist es nicht gekommen.

Endfahnen. Festgenommen worden hier sechs Soldaten. Sie haben verschidene Diebstähle ausgeführt und wollten das gestohlene Gut über die Grenze schaffen. Man fand bei ihnen noch für über 4000 Mark Ware vor. — Erschossen. Der 16jährige Sohn Walter des Gärtners Wehr spielte mit dem Revolver seines 18jährigen Bruders Willi in der Annahme, die Waffe sei nicht geladen. Pößlich ging ein Schuß los und traf den W. in den Kopf. Der Tod muß auf der Stelle erfolgt sein.

Hohenfalza. Zum Kommandanten der Stadt und des Kreises Hohenfalza ist von dem Oberbefehlshaber der polnischen Armee der bisherige Generalstabsoffizier, Rittmeister v. Chrzanowski ernannt; dieser hat die Geschäfte übernommen.

Nale. Der Räuberhauptmann Gehrke, in hiesiger Gegend unter dem Namen „Liebknecht im Kleinen“ bekannt und gefürchtet, zwang den Kaufmann Bernhard Cohn mit vorgehaltenem Revolver, die G. L. Böse und Geschäftskasse herauszugeben. Der Spießbube, der einen großen Anhang hat, kam in Begleitung eines zweiten Mannes Er drohte mit Ermordung, wenn C. Lärm schlagen oder ihn anzeigen würde. Der Spießbäsele von Gehrke war mit Gewehr und Handgranaten bewaffnet und bewachte die Haustür.

Bromberg. Festgenommen wurden der Arbeiter Bruno Wenzel, die Witwe Ernestine Boß und deren Tochter Elise, denen zahlreiche hier begangene Einbrüche nachgewiesen sind. Eine große Menge gestohlener Sachen sind bei ihnen beschlagnahmt worden. Wenzel hielt sich hier unter dem Namen Wladislaus Gretika auf, weil er auch von auswärtigen Behörden wegen Einbruchdiebstahls gesucht wird.

Gröfen. Ermordet wurde dem „Bef. Tagebl.“ zufolge, am 15. d. Mts. der staatliche Hegemeister Koszula in Kerngrund, der Oberförsterei Taubenwalde, auf seinem Dienstwege im Walde durch Schläge mit einer Axt auf den Kopf und Durchschneiden der Kehle. Er war unbewaffnet, da allen Forstbeamten die Waffen abgenommen worden sind. Vom Täter fehlt jede Spur.

Posen. Die Herren Kriegsgefangenen. Ein französischer Kriegsgefangener spazierte mit anderen Kameraden in der Blogauer Straße umher. Er hatte sich ein Eisernes Kreuz 2. Klasse auf dem Rücken seines Mantels befestigt und rief den empört dreinschauenden Deutschen zu: „Deutschland kaputt“. Der Vorgang ist bezeichnend für das, was sich ein Feind bei uns leisten darf.

Neueste Nachrichten.

Endergebnis aus den Wahlen zur preußischen Landesversammlung.

Berlin, 29. Januar. (Dr.) Das Endergebnis aus den Wahlen zur preußischen Landesversammlung liegt nunmehr nach amtlichen Meldungen vor. Lediglich das Wahlergebnis aus dem 8. Wahlkreis (Posen) mit 21 Mandaten fehlt noch.

Von den 401 Mandaten entfallen auf die Sozialdemokratische Partei 142, auf die Christliche Volkspartei (Zentrum) 87, auf die Deutsche demokratische Partei 61, auf die Deutsche nationale Volkspartei 41, auf die Unabhängige sozialdemokratische Partei 24 und auf die deutsche Volkspartei 18 Mandate.

Außerdem haben erhalten die schleswig-holsteinischen Bauern- und Landarbeiter Demokraten 1 Sitz, die Welfen 6 Sitze.

Keine Zwangseinberufungen zum Heeresdienst.

Berlin, 29. Januar. (Dr.) Gegenüber den von der „Freiheit“ unter der Ueberschrift „Zwangswaise Einberufung“ veröffentlichten Nachrichten, daß zwangswaise Einberufungen zum Heeresdienst erfolgen, sei festgestellt, daß von keiner Stelle aus irgendwelche Einberufungen stattgefunden haben oder stattfinden werden.

Falsche Gerüchte.

Berlin, 29. Januar. (Dr.) Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt halbamtlich: Die in der ausländischen Klätter verbreiteten Nachrichten über angebliche Verhandlungen zwischen der deutschen und holländischen Regierung wegen einer Ueberführung des früheren Kaisers nach Niederländisch Indien sind frei erfunden.

Ausfuhr von Lebensmitteln aus Amerika.

Bern, 28. Januar. (Dr.) Schweizerische Depeschagentur. Die in Washington geführten Verhandlungen über die Erneuerung des Abkommens mit den Vereinigten Staaten sind nach einem Telegramm der schweizerischen Gesandtschaft in Washington zum Abschluß gekommen, indem über die Hauptpunkte des neuen Abkommens, dem sich auch England und Frankreich angeschlossen haben, eine Einigung erzielt wurde. Nach dem Abkommen werden die Vereinigten Staaten vom 1. 1. bis 30. 9. 1919 Ausfuhrbewilligung erteilen für 3 000 000 To. Brotgetreide, 1200 000 To. Hafer, 137000 To. Mais, 96 000 To. Zucker und 8000 To. Speisefett.

Befehung des österreichisch-ungarischen Konsulats in Konstantinopel durch die Italiener.

Wien, 29. Januar. (Dr.) Wiener Korrespondenzbüro. Nach einem aus Konstantinopel eingegangenen amtlichen Bericht hat der italienische Kommandant Arlotto die dortigen österreichisch-ungarischen Konsulate und Schulgebäude als ehemaliges venetianisches Gebiet besetzt und auf diesen Baulichkeiten die italienische Flagge gehißt. Gegen die öblicherwidrige Befehung der erwähnten Gebäude in Konstantinopel ist von Österreich auf diplomatischem Wege Einspruch erhoben worden.

Standesamt Thorn.

Vom 27 bis 29 Januar 1919. Sterbefälle: Arbeiter und Rentempfangner Anton Zawadzki 40 J. 10 M.; Schülerin Gertrud Schulz 13 J. 9 M.; Mox Nowcki 3 W.; Wch. Johanna Lau geb. Pawlowska 72 J. 3 M.; Altstzer Lorenz Rujawski 85 J. 6 M.; Ehe Gertrud Baranowski 8 Tage.

Standesamt Thorn-Moder.

Vom 22. bis 29. Januar 1919. Sterbefälle: Gertrud Lewandowski, 2 Monate. — Bahnwärter Karl Brasch 79 Jahre, Arbeiterwitwe Hedwig Jastinski geb. Dziejewski 83 Jahre. — Arbeiterwitwe Juliana Kozielecka 59 Jahre. — Drechslerbesitzer Julius Elste, 61 Jahre. — Josef Nowakowski, 8 Jahre. — Veronika Majach, 7 Jahre. — Arbeiterwitwe Karoline Pug, geb. Maßheimer, 76 Jahre. — Arbeiter Simon Papke, 34 Jahre. — riefträgerwitwe Rosalie Root, geb. Klementiewicz, 61 Jahre.

Wie bisher im Weltkrieg nimmt die Münchner Jugend auch beim

Wiederaufbau des Friedens

ihre ausgeprägte Stellung unter den deutschen illustrierten Zeitschriften ein. Sie ist nach wie vor die Lieblingslektüre eines Jeden, der ernst und vorurteilslos den Zeitgeist verfolgt.

Bezugpreis vierteljährlich M. 7.50 (Buchhandel oder Post)
Unmittelbar vom Verlag in Rollen verpackt mit Porto, in Deutschland M. 10.—
Im Ausland M. 10.50
Probeflände 4 Nummern enthaltend M. 1.50
Einzelne Nummern M. —.70

Verlag der Jugend
München,
Leisingstr. 1

